



2020/26 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2020/26/versagen-der-lombardei>

Angehörige klagen vor Gericht, um ermitteln zu lassen, warum in Norditalien so viele Menschen an Covid-19 verstorben sind

Versagen in der Lombardei

Von **Federica Matteoni**

Im norditalienischen Bergamo haben Angehörige von Covid-19-Toten unter anderem wegen fahrlässiger Tötung Klage gegen unbekannt eingereicht. Die Ermittlungen sollen aufklären, wer wann welche Fehler gemacht hat, die zur hohen Zahl von an der Infektion Gestorbenen in Norditalien führten.

Sie gehören zu den prägenden Bildern der Covid-19-Pandemie in Europa: die Fotos der Militärfahrzeuge, die Mitte März rund 70 Särge aus dem norditalienischen Bergamo in die benachbarten Gemeinden abtransportierten, weil das einzige Krematorium der Stadt in der Region Lombardei, obwohl Tag und Nacht in Betrieb, keine Toten mehr aufnehmen konnte. Damals starben in Bergamo und Umgebung täglich Dutzende Menschen an der Krankheit. In der gleichnamigen Provinz, deren Größe in etwa einem deutschen Landkreis entspricht, starben 6 000 Menschen an Covid-19, mehr als 17 Prozent der landesweit registrierten Covid-19-Toten.

Am vergangenen Samstag demonstrierten in Mailand rund 3 000 Menschen, um das Krisenmanagement in ihrer Region anzuprangern.

Die Sterblichkeitsrate stieg in der Provinz im März 2020 um 568 Prozent im Vergleich zum Durchschnittswert im März der Jahre 2015 bis 2019. Die Fallsterblichkeit war Mitte desselben Monats so hoch wie nirgendwo sonst auf der Welt. Vielfach waren in den Tagen zuvor in den sozialen Medien Berichte von Ärzten geteilt worden, die »kriegsähnliche Zustände« in den lombardischen Krankenhäusern schilderten. Diese hatten nicht nur mit einem erhöhten Aufkommen an Covid-19-Patienten in kritischem Zustand zu kämpfen, sondern auch mit dem Umstand, dass sich das Virus bei Ärzten und Pflegepersonal unkontrolliert verbreitet hatte. In den Berichten wurde immer wieder gefragt, warum in Bergamo und Umgebung nicht bereits früher eine Sperrzone errichtet worden sei, um die Verbreitung von Sars-CoV-2 einzudämmen. Am 18. März, dem Tag, an dem die Militärfahrzeuge Bergamo mit den Särgen verließen, befand sich Italien bereits seit acht Tagen in einem strengen lockdown (**Italien macht dicht - Ganz Italien wird zur »Roten Zone«**), doch die Lombardei hatte sich bereits Ende Februar zum Infektionsherd

entwickelt. Als am 21. Februar in der Kleinstadt Codogno südlich von Mailand die ersten Fälle bekannt wurden, ließ die Zentralregierung in Rom diese Gebiete abriegeln – am 8. März wurde die gesamte Lombardei zur »roten Zone« erklärt und weitgehend abgeriegelt, zwei Tage später folgte der landesweite lockdown.

In Bergamo und Umgebung wurden jedoch zunächst keine Sondermaßnahmen ergriffen, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. Warum eigentlich nicht, wer wäre dafür zuständig gewesen und wie viele Leben hätten solche Maßnahmen retten können? Diese Fragen werden nun juristisch untersucht, nachdem 50 Angehörige von Covid-19-Toten am 10. Juni eine Sammelklage gegen unbekannt bei der Staatsanwaltschaft von Bergamo eingereicht haben; weitere 100 wollen bis Ende Juni klagen. Ermittelt wird unter anderem wegen fahrlässiger Tötung. »Noi denunceremo« (Wir werden anzeigen), das Komitee hinter der Sammelklage, fordert keine finanziellen Entschädigungen, sondern Aufklärung darüber, wie die Behörden in Bergamo und der ebenfalls in der Lombardei gelegenen Provinz Brescia zu Beginn der Pandemie mit dem Notstand umgegangen sind, sowie darüber, wer genau welche Fehler gemacht hat.

Bereits im März war die Diskrepanz zwischen den Infektions- und Todeszahlen aus der Lombardei im Vergleich mit denen aus dem Rest des Landes eklatant. Anfangs wurde das vor allem damit erklärt, dass Norditalien die erste Region in Europa war, in der sich das Virus ausbreitete; dieses habe bereits Monate dort zirkuliert, bevor man einen »Patienten null« identifiziert hatte. Dass viel zu spät Maßnahmen ergriffen wurden, gilt mittlerweile als Fakt, das allein erklärt jedoch das Ausmaß der Katastrophe in der Region nicht. Überfüllte Krankenhäuser, fehlende Schutzausrüstung für medizinisches Personal und fehlende Sauerstoffzufuhr für die Patienten in kritischem Zustand sind nur ein Teil des gesundheitspolitischen Versagens in Norditalien. Unzählige Erkrankte wurden alleingelassen, die Regionalregierung implementierte keinen Pandemieplan; bloß nicht in die Notaufnahme kommen, hieß es bei den ohnehin überlasteten Covid-19-Hotlines. Hausärzte berichteten, dass sie im Baumarkt nach Schutzmasken suchen mussten, Erkrankte wurden in kritischem Zustand aus ihren Häusern abgeholt und direkt auf Intensivstationen gebracht, ohne dass ihre Angehörigen sie jemals wiedersehen konnten. Die Angehörigen mussten Tage, manchmal Wochen auf einen Test warten.

Vor allem zwei Gemeinden in der Provinz Bergamo, Nembro und Alzano, stechen heraus: Bis Mitte März waren dort zehnmal so viele Menschen verstorben wie sonst zu dieser Jahreszeit. Die beiden Gemeinden, in denen Infektionen nur wenig später als in Codogno festgestellt worden waren, hatten vergeblich gefordert, genauso wie die zehn Gemeinden in der lombardischen Provinz Lodi abgeriegelt und unter Quarantäne gestellt zu werden. Obwohl in Italien die Regionen für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind, hätte dies allein die Zentralregierung in Rom entscheiden können, beteuern die Zuständigen bei den Regionalbehörden. Diese hätten die Ausgangssperre selbständig verhängen dürfen, sagt hingegen die Zentralregierung.

Vergangene Woche reisten die lombardischen Ermittler nach Rom, um in dieser Angelegenheit Ministerpräsident Giuseppe Conte zu vernehmen. Dieser verwies Medienberichten zufolge darauf, dass in jenen Tagen der Beschluss eines landesweiten lockdown kurz bevorstand, daher habe man sich entschieden, keine Maßnahmen auf

Gemeindeebene zu implementieren. Ungeklärt bleibt, warum am 3. März, eine Woche vor Beginn des landesweiten lockdown, an die 400 Soldaten und Polizisten in die Provinz Bergamo verlegt wurden und offenbar bereitstanden, das Gebiet abzuriegeln, aber nie zum Einsatz kamen.

Vermutet wird, dass wirtschaftliche Interessen in diesen Tagen eine viel größere Rolle gespielt hätten als die Gesundheit der lombardischen Bürgerinnen und Bürger. In Nembro und Alzano zusammen sitzen rund 400 mittlere Unternehmen mit 3 700 Arbeitsplätzen und einem Jahresumsatz von knapp 700 Millionen Euro. Zu den wichtigsten Produktionsbranchen gehören die Automobil- und die Textilindustrie. Medienberichten zufolge übte der Industrieverband starken Druck gegen eine Verhängung der Quarantäne aus. Der lokale Arbeitgeberverband Confindustria Bergamo veröffentlichte am 27. Februar ein Video mit dem Titel »A message to our partners: business in Bergamo is running«. Stefano Scaglia, der Präsident des Verbands, gab später zu, es sei ein Fehler gewesen, das Video zu veröffentlichen. Sein Verband habe aber keinen Druck auf die Zentralregierung ausgeübt.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft könnten nicht nur Fehler beim Krisenmanagement feststellen; die juristische Aufarbeitung des Umgangs mit der Pandemie in Norditalien könnte auch eine Chance für eine andere Gesundheitspolitik sein. Eine Neuorientierung fordern vor allem Ärzte und medizinisches Personal. 13 Ärzte des Krankenhauses Papa Giovanni XXIII. in Bergamo wandten sich bereits am 21. März mit einem offenen Brief im New England Journal of Medicine an die Öffentlichkeit und forderten einen »Perspektivwechsel bei Vorkehrungen und Schadensbegrenzung«. Der Zusammenbruch des angeblich so vorbildlichen Gesundheitssystems, so schreiben die Ärzte, sei auf das krankenhauszentrierte Modell zurückzuführen, das in Italien, aber ganz besonders in der Lombardei herrsche. Für fast jede medizinische Leistung muss man sich in ein Krankenhaus begeben: Diagnostik, Spezialuntersuchungen und -behandlungen – auch die meisten Fachärzte untersuchen in Großkrankenhäusern. Weil die privaten Kliniken in der Lombardei allerdings nicht auf die wenig rentable Notfallmedizin spezialisiert sind, suchten die vielen Covid-19-Erkrankten die Notaufnahmen der öffentlichen Krankenhäuser der Region auf, die sich dann als Virenschleudern erwiesen.

Deshalb fordern die Ärzte aus Bergamo in ihrem Schreiben, der Versorgungsdruck, der in Italien auf den Krankenhäusern lastet, müsse auf häusliche Pflege und mobile Kliniken verlagert werden. Nur so könne vermieden werden, dass die Krankenhäuser zur Verbreitung des Virus beitragen. Diese Krise sei weniger eine der Intensivpflege als eine der öffentlichen Gesundheit, so die Ärzte. Zu dieser Erkenntnis mussten in den vergangenen Wochen auch viele norditalienische Bürgerinnen und Bürger schmerzlich kommen. Am vergangenen Samstag gingen in Mailand, der Hauptstadt der Lombardei, rund 3 000 Menschen auf die Straße, um das Krisenmanagement in ihrer Region anzuprangern und für eine bessere öffentliche Gesundheitsvorsorge zu demonstrieren. Viele von ihnen nennen sich »Überlebende«. Für sie wird es keine schnelle Rückkehr zur Normalität geben.